

Format de citation

Hafner, Felix: Rezension über: Olivier Meuwly, Une brève histoire constitutionnelle de la Suisse, Neuchâtel: Livreo-Alphil, 2023, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, 74 (2024), 2, S. 276-278, <https://recensio-stag.lorax.syslab.com/r/3bcfdc53e06b433f8560448b2518e0e5>



copyright

Cet article peut être téléchargé et/ou imprimé à des fins privées. Toute autre reproduction ou représentation, intégrale ou substantielle de son contenu, doit faire l'objet d'une autorisation (§§ 44a-63a UrhG / German Copyright Act).

Kriegführenden erbringt. Im Krieg der Anderen ist der Neutrale immer – gerade wegen bzw. dank seines Fernbleibens vom Krieg – ein kriegsrelevanter (militärischer, wirtschaftlicher, politischer, diplomatischer, humanitärer) Faktor. So gesehen, fallen die Überschriften, die Marco Jorio über seine Kapitel gesetzt hat, konzeptionell hinter seine eigenen empirischen Beobachtungen zurück: Die «Schweiz» hat ihre Neutralität nicht im Alleingang «gewahrt», «entdeckt», «genossen», verloren», «entwickelt», «durchgehalten» oder hat es mit ihr «übertrieben» oder ist gar an ihr «verzweifelt». Das Gelingen und Scheitern der Neutralität waren und bleiben vielmehr von Faktoren abhängig, die ausserhalb des Einflussbereichs des neutralen Staates selbst liegen.

Die Darstellung mündet in eine pointierte Stellungnahme des Verfassers zur Aktualität. Er kritisiert den neutralitätspolitischen Kurs des Bundesrats und insbesondere dessen unzeitgemässes Festhalten am Neutralitätsrecht der Haager Konvention von 1907. Dieses sei durch den seitherigen Wandel des Völkerrechts und der Kriegsführung überholt. Die Kritik führt zu einem Plädoyer für die Erneuerung der bewaffneten Neutralität auf der Basis des Völkerrechts, für die Befreiung der UNO vom Vetoregime der Grossmächte im Sicherheitsrat und für eine Neutralitätspraxis, die zwischen Aggressor und Opfer zu unterscheiden vermag, sowie für die Kooperation und die Sicherstellung der militärischen Interoperabilität mit den demokratischen Staaten in Europa, die für die Sicherheit der Schweiz unabdingbar sind.

Ob Jorios Buch in den kommenden Auseinandersetzungen um die Neutralitätsinitiative eine Rolle wird spielen können? Man kann seine Zweifel haben – nicht, weil das Buch wegen seiner Länge und Faktendichte wohl einige Leser abschrecken wird, sondern vielmehr, weil sich auch der Verfasser keine Illusionen über den Einfluss der Wissenschaft auf das Geschichtsdenken der breiten Bevölkerung macht; sie sieht in der Neutralität schon länger kein pragmatisches sicherheitspolitisches Konzept mehr, sondern ein unverrückbares Element schweizerischer Identitätsvorstellungen.

André Holenstein, Bern

Olivier Meuwly, **Une brève histoire constitutionnelle de la Suisse**, Neuchâtel: Alphil, 2023 (Collection Focus, Bd. 38), 124 Seiten.

Im vergangenen Jahr wurde in der Schweiz das 175-Jahr-Jubiläum der Bundesverfassung von 1848 gefeiert. Aus diesem Anlass sind einige Beiträge zur Entstehung der Verfassung und zur schweizerischen Verfassungsgeschichte insgesamt erschienen. Hervorzuheben ist darunter die «brève histoire constitutionnelle de la Suisse» des Waadtländer Juristen und Historikers Olivier Meuwly.

In seiner Kurzdarstellung spannt Meuwly einen weiten Bogen über die Verfassungsgeschichte der Schweiz. Beginnend bei den Anfängen der Alten Eidgenossenschaft im 13. Jahrhundert endet sein Überblick mit Ausführungen über die im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg geführte Debatte über die historische und verfassungsrechtliche Einordnung des Neutralitätsstatus der Schweiz. Dass er auch die Alte Eidgenossenschaft in seine Darstellung einbezieht, ist nicht selbstverständlich, setzt doch die Geschichte moderner Verfassungen, die das Fundament für den an Gewaltenteilung, Demokratie und Freiheitsrechten orientierten Staat bilden, erst im 17. Jahrhundert ein. Gleichwohl befasst sich der Autor zu Recht auch mit der Geschichte des rechtlichen Zustands der Eidgenossenschaft vor 1798, zumal sie in verschiedener Hinsicht – etwa in Bezug auf ihre territoriale und rechtliche Loslösung vom Heiligen Römischen Reich – deutliche Spuren in der modernen Verfassungsgeschichte der Schweiz hinterlassen hat.

Für die Schweiz beginnt die Geschichte moderner Verfassungen mit der von den Franzosen der Eidgenossenschaft 1798 aufoktroyierten Ersten Helvetischen Verfassung. Meuwly setzt sich denn auch in seiner «brève histoire constitutionnelle» schwerpunktmässig mit der nach 1798 einsetzenden modernen Verfassungsgeschichte der Schweiz auseinander. Dabei schildert er zunächst die verfassungsgeschichtlichen Etappen vor der Schaffung des Bundesstaates im Jahr 1848. Dargestellt werden die unsichere Verfassungslage in der Helvetik, die von Napoléon anschliessend mit der Einführung der Mediationsakte erreichte Stabilität im Zeichen eines mit bundesstaatlichen Elementen angereicherten Staatenbundes und die schwierige Aufrechterhaltung der Einheit der Eidgenossenschaft nach dem Untergang Napoléons bis zum Inkrafttreten des die Schweiz ebenfalls als Staatenbund konstituierenden Bundesvertrags von 1815.

Der Bundesvertrag wurde 1848 von der Bundesverfassung abgelöst. Meuwly zeigt den steinigten Weg auf, den die seit Beginn der Regenerationszeit in ein liberales und ein konservatives Lager gespaltenen Kantone gehen mussten, bis die liberalen Sieger des Sonderbundkriegs die Bundesverfassung und gestützt darauf den Bundesstaat ins Werk setzen konnten. Er erwähnt dabei auch die Diskussionen, die in der für den Entwurf der Bundesverfassung eingesetzten Tagsatzungskommission namentlich auch über die Einführung des Zweikammerparlaments nach US-amerikanischem Vorbild geführt wurden.

Bereits 26 Jahre nach Inkrafttreten der Bundesverfassung wurde sie 1874 totalrevidiert. Meuwly bezeichnet die totalrevidierte Verfassung zutreffend als «compromis délicat». Nachdem 1872 ein erster Anlauf gescheitert war, musste vor allem den föderalistischen Kräften der welschen Schweiz Zugeständnisse gemacht werden. So wurden in der von Volk und Ständen 1874 angenommenen Verfassung nur Teilbereiche des Zivilrechts vereinheitlicht sowie auf die Einführung der Gesetzesinitiative verzichtet und nur – aber immerhin – das fakultative Gesetzesreferendum eingeführt. Die Verfassung von 1874 war dennoch ein gelungenes Werk, zumal die Hürden für ihre Partialrevisionen nicht allzu hochgesteckt waren. Wie der Autor darlegt, führten so zahlreiche Verfassungsteilrevisionen unter anderem zum Auf- und Ausbau des Sozialstaates sowie zu einer erheblichen Erweiterung der demokratischen Rechte. Meuwly erwähnt aber auch die Krisenzeiten, in denen die Bundesverfassung aufgrund der von der Bundesversammlung beschlossenen Vollmachtenregimes während der beiden Weltkriege weitestgehend ausser Kraft gesetzt worden ist. Nach dem Zweiten Weltkrieg bedurfte es einer 1949 von Volk und Ständen angenommenen Volksinitiative «Rückkehr zur Demokratie» der *Ligue Vaudoise*, um wieder in den verfassungsmässigen Normalzustand zurückzukehren.

1999 stimmten Volk und Stände der Totalrevision der Bundesverfassung von 1874 zu. Sie trat am 1. Januar 2000 in Kraft und bildet noch heute die Grundlage des geltenden Verfassungsrechts der Schweiz. Der Totalrevisionsprozess wurde, wie Meuwly ausführt, bereits in den 1960er-Jahren angestossen. Er zog sich jedoch dahin und fand erst am Ende des 20. Jahrhunderts in der als Nachführung («mise à jour») bezeichneten Totalrevision der Verfassung von 1874 seinen Abschluss.

Im Sinne eines Fazits rundet der Autor seinen verfassungsgeschichtlichen Überblick mit der Feststellung ab, dass sich die politische Geschichte der Schweiz stets um vier identitätsstiftende Säulen rankte, nämlich um die halbdirekte Demokratie, den Föderalismus, das Milizsystem und die Neutralität. Gelegentlich mythologisiert, seien diese vier, spezifische Eigenheiten des politischen Systems der Schweiz artikulierenden Eckpfeiler aber immer wieder auch Gegenstand heftiger Kontroversen gewesen. Wenngleich sie auch heute noch für die politische Stabilität des Landes eine wichtige Rolle spielten, läge es ihm trotz-

dem fern, die verfassungsgeschichtliche Entwicklung der Schweiz deswegen zu idealisieren oder ihr gar einen Modellcharakter zuzuschreiben.

Insgesamt betrachtet bietet die «brève histoire constitutionnelle de la Suisse» von Olivier Meuwly einen facettenreichen Überblick über die Verfassungsgeschichte der Schweiz. Sie ist – auch für Lesende, die nicht französischer Muttersprache sind – gut verständlich und kann allen, die an der politischen Geschichte der Schweiz und ihren verfassungsrechtlichen Auswirkungen interessiert sind, zur Lektüre empfohlen werden.

Felix Hafner, Basel

Rolf Graber, Labor der Demokratie. Konkurrierende Wahrnehmungen der politischen Mitbestimmung in der Schweiz, Zurich: Chronos, 2023, 144 pages.

L'essai proposé par Rolf Graber s'avère à la fois simulant et provocant. Stimulant par les questions qu'il soulève, sources potentielles de futures recherches. Et provocant parce que les questionnements qui structurent l'essentiel de son ouvrage n'ont pas vocation à rendre un énième hommage à nos droits populaires, mais tentent de les aiguillonner à travers divers aspects moins glorieux de leur histoire. Il s'agit donc bien, comme le titre l'indique, d'une analyse des perceptions de la démocratie directe en Suisse et à l'étranger, et non d'une nouvelle synthèse de son histoire, l'ouvrage s'appuyant d'ailleurs sur un large et fort utile panorama bibliographique.

D'histoire de la démocratie directe, il en est tout de même question lorsque l'auteur interroge les motivations qui ont conduit au choix d'un système que l'on qualifie de «semi-direct». Il examine ainsi, dans un premier temps, la question de l'ancrage de la démocratie directe dans l'esprit républicain de la fin du Moyen Âge et de l'Ancien Régime. Les cantons se prétendent alors fondamentalement républicains, malgré l'aristocratisation rampante des élites observée depuis le début du XVI^e siècle. Nonobstant, cet esprit républicain s'affirme longtemps dans des proclamations rituelles plutôt que dans la pratique, rétive à toute contestation. C'est donc dans une sorte d'apprentissage de la résistance, que Rolf Graber a étudié dans d'autres ouvrages, que se forment les linéaments d'une perception démocratique qui confronte l'appel aux libertés nouvelles, transmises par l'idéal révolutionnaire, à l'utopie des libertés médiévales, transformées en matrice d'une démocratie à construire.

Cette introduction, en revenant sur l'importance de l'idée républicaine dans la construction de la démocratie directe en Suisse, permet à l'auteur de rappeler l'état des discussions en lien avec une question centrale qui a souvent occupé les analystes de notre système: la place de la démocratie directe dans le déroulement de l'histoire de la Suisse. Peut-on repérer une continuité entre les fonctionnements politiques du Moyen Âge, organisés autour de la Landsgemeinde et du communalisme, et le système démocratique tel qu'il s'est développé au XIX^e siècle, comme le pense Peter Blickle? Ou doit-on plutôt constater une rupture entre l'avant-1798 et ce même XIX^e siècle, période où s'épanouit notre démocratie semi-directe, comme l'a suggéré Alfred Kölz, inlassable avocat de l'influence révolutionnaire sur le discours démocratique suisse?

Les deux, répond Rolf Graber, en écho à l'historiographie actuelle, qui s'est extirpée de ce débat un peu figé en montrant que, s'il est en effet impossible de tirer un fil direct entre la Landsgemeinde, institution typique d'Ancien Régime ignorant toute séparation des pouvoirs, et le XIX^e siècle, il serait faux, comme l'ont expliqué les «modernistes», de nier que l'essor démocratique du XIX^e siècle a abondamment puisé dans un certain nombre de pratiques qui se sont solidifiées au fil du temps. C'est sur ce socle qu'a pu